

GEMEINDE

PLANET

ASCHACH/DONAU

Österreichische Post AG
AUSGABE SEPT 2019
RM Wahlen 19A041721 E / Verlagsort 4040 Linz



Foto: Judith Wassermair

MACHT MACHT BLIND?

MACHT MACHT BLIND!

Macht Macht blind? Macht macht blind!

Offensichtlich schädigt die Überzeugung, sich alles leisten zu können, die Seh- und Vorstellungskraft von finanziell aus dem Vollen schöpfenden Bauherren und deren Unterstützern aus der Politik. Anders kann man das fortgesetzte Verschandeln unserer Region nicht erklären.

Wer von Landshaag über die Aschacher Brücke bis zur Kirche in Hartkirchen fährt, erlebt eine gnadenlose Demonstration dessen, was man mit viel Geld an trostloser Architektur in die Landschaft stellen kann. In Aschach mildert

der bisher erhaltene Baumbestand die groben Bausünden. Eigentlich sollte man annehmen, dass sich nicht immer wieder jemand mit dem Gedanken spielt, aus Parkplatzgründen Bäume zu fällen. Man müsste meinen, sie zu erhalten wäre vor allem auch eine Selbstverständlichkeit in Zeiten steigender Temperaturen und Luftverschmutzung. Dass diese Schatten- und Sauerstoffspender auch noch in Zukunft da sind, sehe ich als eine meiner Aufgaben als Lokalpolitikerin an.

Macht habe ich keine, aber solange wir in einer Demokratie leben, zumindest alle paar Jahre die Möglichkeit, mit meiner

Stimme jene zu stärken, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt rücken.



In diesem Sinn hoffe ich auf den Wiedereinzug der Grünen in den Nationalrat und ersuche Sie um Ihre Stimme.

■ Judith Wassermair

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes

Nationalratswahl 2019 19A041721E





Werner Kogler: „Wir Grüne wollen Kinderarmut bekämpfen, nicht arme Kinder.“

Am 29. September wird nach dem Ibiza-Skandal und dem Bruch der türkis-blauen Regierung neu gewählt. Warum soll jemand gerade jetzt die Grünen wählen?

Werner Kogler: Wir Grüne stehen für saubere Umwelt, saubere Politik und Gerechtigkeit, aber wir stehen auch für klare Haltung: Wir Grüne wollen Kinderarmut bekämpfen, nicht arme Kinder; den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken, nicht die Gesellschaft spalten. Und wir setzen uns ein für echte Transparenz, für gläserne Parteikassen und für wirksame Kontrolle. Die vorige

Regierung hat mit ihrer Politik oftmals und vor allem die eigenen Freund*innen und Klientel bedient. Wir Grüne wollen die Interessen Österreichs und seiner gesamten Bevölkerung wieder klar in den Vordergrund stellen. In der abgelaufenen Legislaturperiode haben die Grünen im Nationalrat gefehlt. Unser Ziel ist es, dorthin zurückzukehren. Wir treten an, um treibende Kraft für saubere Umwelt und saubere Politik zu sein. Um die Zukunft mit all ihren Chancen mit Leidenschaft zu gestalten. Zukunft ist, was wir draus machen. Zukunft wird aus Mut gemacht!

Wie soll die Klimakrise aufgehalten werden? Wie schaut das Programm der Grünen aus?

Werner Kogler: Ein Anfang ist der sofortige Stopp von klimaschädlichen Subventionen, etwa für Diesel oder Flugbenzin. 20 Prozent der Transit-LKW fahren nur durch Österreich, weil der Diesel bei uns so billig ist. Mein Wunsch wäre, innerhalb der nächsten Legislaturperiode etwa acht Milliarden Euro über eine ökologisch-soziale Steuerreform umzuverteilen. Wer energieintensiv und umweltschädlich produziert und konsumiert, soll mehr zahlen, wer umweltfreundlich lebt, soll entlastet werden. Das Geld soll mittels eines Klimabonus an die Bürger*innen zurückverteilt werden. Und wir sollten zum Beispiel die pervers organisierte

Pendlerpauschale umstellen. Öffi- und Radfahrer*innen sollten mehr kriegen.

Wie sieht das Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut aus?

Werner Kogler: Erstens wollen wir die türkisblauen Sozialhilfekürzungen bei einkommensschwachen Familien rückgängig machen. Auch der Familienbonus bevorzugt Eltern, die viel verdienen. Ich möchte einen gleich hohen Absetzbetrag für jedes Kind in Österreich. Außerdem bedeutet der Kampf gegen Kinderarmut Investitionen in die Schulen und Kindergärten, damit es endlich mehr Chancengerechtigkeit gibt. Da haben Türkis und Blau als ideologische Wiederholungstäter das Rad zurückgedreht.

Ist die jüngste Novelle der Parteienfinanzierung ausreichend für die Grünen?

Werner Kogler: Die Spendenbegrenzung war überfällig, das ist positiv. Das Problem ist, dass strengere Kontrollen durch den Rechnungshof und Sanktionen fehlen, wenn sich Parteien nicht daran halten – das ist ein Manko und wirkt schlawinerisch. Außerdem gehören auch strafrechtliche Bestimmungen gegen illegale Parteienfinanzierung her.

➔ zurueckzudengruenen.at

**DU WILLST DIE
WELT RETTEN?
DANN BIST DU
BEI UNS RICHTIG**

MACH MIT

Aktionismus, Social Media und Hausbesuche. Du machst, was du am besten kannst. Hier anmelden:
➔ zurueckzudengruenen.at

HILF UNS MIT DEINER SPENDE

Keine Zeit, um persönlich aktiv zu werden? Du kannst unsere Kampagne direkt unterstützen:
➔ zurueckzudengruenen.at

WERDE MITGLIED

auf ➔ ooe.gruene.at



WEN WÜRDEN UNSERE ZUKUNFT WÄHLEN?

Klimakrise, Mikroplastik im Meer, in der Antarktis und auf den Bergen, Waldbrände im Amazonas.

Die weltweit wärmsten Jahre seit Beginn der Messung im Jahr 1880 sind 2016, 2015, 2017, 2018.

In Österreich werden pro Tag 20 Hektar Land verbetoniert, der Verkehr wird ausgebaut und eine Umfahrung nach der anderen entsteht, als ob es kein Morgen gäbe. Betriebsneubauten und Wohnanlagen sprießen an den Peripherien, während in Summe 40.000 Hektar Altbau ungenutzt leer stehen. Kein Land in Europa hat so viel Straßenfläche und eine so hohe Supermarkt-Dichte.⁽¹⁾

Dass sich nun sämtliche Parteien ein grünes Mäntelchen vor den Wahlen umhängen, ist logisch, denn den Klimawandel und seine Auswirkungen spürt mittlerweile wirklich jeder. Wir haben 2019 mehr Hitzetote in Österreich als Verkehrstote.

Die Frage ist aber: Wer setzt sich wirklich glaubwürdig ein für diese Themen?

1. KLIMASCHUTZ
2. KORRUPTIONsbekämpfung (Stichwort IBIZA)
3. BILDUNGsgerechtigkeit, DIGITALISIERUNG und Innovation

1. KLIMASCHUTZ

Der im August 2019 publizierte Sonderbericht des Weltklimarats IPCC zeigt, dass sich die globale Fleischproduktion in den letzten 60 Jahren vervierfacht hat, Tendenz weiter steigend. Für Fleisch braucht es viel Land. Tierische Produkte herzustellen, belastet die Umwelt enorm, durch die Ausbeutung der Böden, durch die Methanemissio-



Foto: Judith Wassermaier

nen der Rinderzucht, aber auch durch den hohen Energieverbrauch.

Besonders wenig geht in Österreich beim Problemsektor Nr. 1, dem Verkehr, weiter. Hier sind die Emissionen seit 1990 um fast 75% gestiegen. Alle Einsparungen durch verbesserte Effizienz der Fahrzeuge wurden zunichte gemacht durch den Mehrverbrauch immer größerer PKW, den Anstieg des LKW-Verkehrs und mehr gefahrene Kilometer.⁽²⁾

Und wie Greta Thunberg zeigt, kann wirklich JEDE/R einzelne etwas beitragen. Sie hat bekanntlich vor einem Jahr alleine als Ein-Frau-Demo vor dem schwedischen Parlament begonnen und ist mittlerweile zu einer Ikone des Umweltschutzes mit hunderttausenden Nachahmern geworden.

2. KORRUPTIONsbekämpfung

Schlagende Burschenschaftler, katholische CV-Verbindungen oder die Junge ÖVP unter Kurz sind die Netzwerke der vormals regierenden Parteien. Und diesen Netzwerken verpflichtet zu sein gehört zur DNA dieser Parteien. Eine Kontrollinstanz ist deshalb notwendig, wie wir gesehen haben. Dafür ist aber Unabhängigkeit entscheidend und die gewährleisten am besten tat-

sächlich die GRÜNEN, wie die langjährige Arbeit im Parlament gezeigt hat.

3. BILDUNGsgerechtigkeit, DIGITALISIERUNG und Innovation

Mobilität, Klimaforschung oder der Umbau des Energiesystems – diese Herausforderungen bieten auch enorme Chancen für die Zukunft. Der digitale Wandel beinhaltet bekanntermaßen einen großen Umbruch unserer Arbeitswelt, weil schlicht und ergreifend viele Jobs in Zukunft nicht mehr existieren und immer mehr automatisiert werden. Österreich hat dank zahlreicher führender Unternehmen und Institutionen in vielen zukunftsorientierten Bereichen wie Umwelt- und Energietechnologien oder auch der Biotechnologie eine sehr gute Ausgangsposition. Leider hinkt die aktuelle Politik diesen Herausforderungen hinterher, auch weil es in der letzten Periode vor allem um Selbstdarstellung, Migration, rechtsextreme Einzelfälle oder die BVT-Affäre ging und es nie zu einem Diskurs über Themen wie Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz oder Digitalisierung im Parlament gekommen ist.⁽³⁾

All das schaffen wir nur gemeinsam. Am 29. September 2019 sind wieder



Foto: privat

Nationalratswahlen. Bringen wir die GRÜNEN dort hin zurück, wo sie Österreich braucht – ins Parlament.

■ Erhard Wimmer

Quellen:

- ⁽¹⁾ OÖN 6.9.2019 „Die Raumordnung ist kollektiver Selbstmord“ von Josef Lehner
- ⁽²⁾ Wahlprogramm NRW Grüne 2019
- ⁽³⁾ Irmgard Griss im Parlament 2019 <https://www.youtube.com/watch?v=bfY8lkONwi4>

DIE KRAFT DES GEMEINSAMEN TUNS

Ein Gastkommentar von Verena Konrad



Foto: Roswitha Natter

Lebendige Ortskerne entstehen nicht von selbst. Sie sind das Resultat einer lebendigen Gemeinschaft und gemeinsamer Anstrengung.

Dorfentwicklung braucht Wissen, Erfahrung, gegenseitiges Verständnis und viele gute Gespräche. Dabei hilft auch externe Expertise. Baukulturfrühstück im Dorfgasthaus „Jöslar“ in Andelsbuch mit Architektin Anja Innauer, Architekturtage 2014

Jeden Tag werden in Österreich ca. 30 Fußballfelder große Flächen versiegelt. Der Bodenverbrauch ist nicht nur ökologisch ein Problem, eigentlich eine Katastrophe, sondern auch sozial. Wie das zusammenhängt? Der Schaden, der durch „Zersiedelung“ entsteht, das Auseinanderfallen von Dörfern, ist wirtschaftlich, ökologisch, sozial und ästhetisch nicht messbar. Aber er ist spürbar. Er drückt sich aus in sterbenden Ortszentren, unansehnlichen Gewerbegebieten (wie die der Einfahrt nach Aschach, die hier sicher ein negatives Extrembeispiel ist - und das gleich in zwei Richtungen), leer stehenden Gebäuden, tristen Einfamilienhaussiedlungen an Ortsrändern, die als solche gar nicht mehr erkennbar sind. Das sind gewiss keine Werbeansichten für das ländliche Österreich. Das ist die Realität vieler Gemeinden. Und das ist selbstgemacht.

Wir reden heute von Lebenszyklusberechnungen bei der energieeffizienten Errichtung neuer Gebäude. Alte lassen wir leer stehen. Diese Rechnung kann vielleicht für den Einzelnen, aber gesellschaftlich und ökologisch definitiv nicht aufgehen. Vor allem auch, weil viele Häuser kein Dorf, keine Stadt machen. Ein Dorf, eine Stadt: das ist Nachbarschaft, kollektives Handeln, das ist das, was dazwischen passiert. Aber was, wenn es keine direkten Nachbarn mehr gibt? Wenn das Dorf zerfällt, der tägliche Weg zum Bäcker eine Autofahrt in einen Supermarkt an der Ortsgrenze wird, der Ort zur Schlafsiedlung? Wenn Begegnung unmöglich wird, weil dort einfach kein Angebot (mehr) ist, das die Bewohner/innen anlockt? Der dänische Stadtforscher Jan Gehl hat die Vitalität eines Ortes mit der Präsenz von älteren Menschen und

Kindern gleichgesetzt. Daran ist Aufenthaltsqualität im Alltag messbar. Wie schaut es mit dieser Qualität in Aschach aus?

Politisch ist das Problem zumindest auf Ebene des Bundes und der Länder erkannt. Im letzten Baukulturreport des Bundeskanzleramtes und den dazugehörigen Leitlinien des Bundes sind die ersten beiden Punkte diesem Thema gewidmet: „Orts- und Stadtkerne stärken“ und „Flächen sparsam und qualitativ entwickeln“. Doch dieses Vorhaben ist keines, das mit Planung und Bauen beginnt. Zunächst geht es um die Förderung von Wirtschaftskraft, Vitalität und sozialer Vielfalt in ländlichen Regionen.

Wer heute mit offenen Augen durch Aschach geht, sieht viel Entwicklung.

Manches ist verschwunden, aber auch manch Neues hinzugekommen. Eini- ges hat sich an die Ortsränder ver- schoben. Damit ist auch Bewegung aus dem Zentrum verschwunden. Die Gründe dafür sind mannigfaltig: die Höhe der Mieten spielt hier meist eine Rolle, der Zustand der baulichen Substanz, Erreichbarkeit, die aktuell bestehende Frequenz im Zentrum. Geschäftslokale haben es nicht leicht am Land, auch der Nachfrage we- gen. Viel davon liegt nicht direkt im Einfluss der Gemeindeverwaltung. Doch im Einfluss der Gemeinde liegt die Entwicklung einer gemeinsamen Idee von Gemeinschaft. Ich möchte den Aschacher/innen daher etwas ans Herz legen, das ich in vielen Gemeinden in Österreich bereits als wirklich wertvoll erlebt habe und das anderen Gemeinden in dieser Situation des Zentrumssterbens (und

erste Anzeichen sind auch in Aschach schon sichtbar) sehr geholfen hat. Der Verein „Landluft“ mit Projektbüro in Linz bietet eine Baukulturakademie bzw. Workshops für Gemeinden an. Ein Beispiel für eine gute Entwicklung in Oberösterreich wäre Ottensheim, in meiner neuen Heimat Vorarlberg ist es z.B. die 1000 Einwohner/innenge- meinde Krumbach im Bregenzerwald, die heute, nach wenigen Jahren, architektonisch hochwertigen sozialen Wohnbau, ein hervorragend ausge- bildetes öffentliches Verkehrsnetz, eine Dorfbibliothek im neu gebauten Dorfzentrum mit 20.000 Entlehnun- gen pro Jahr und fünf Gasthäuser hat. Diesen Beispielen ist gemeinsam, dass dort mutige und hoffnungs- volle Politiker/innen am Werk sind. Workshops dieser Art können helfen, neuen Mut zu schöpfen. Abseits von Parteipolitik werden dort Bürger/

innen eingebunden und gemeinsame Zielbilder entwickelt. Solche positiven Zielbilder und viel Energie für die Gestaltung, Vitalisierung und konti- nuierliche Weiterentwicklung dieses schönen Ortes und Lebensraumes wünsche ich den Aschacherinnen und Aschachern.

„Ein Haus ist ein Haus. Das Leben kommt durch die Menschen. Ähnlich verhält es sich mit Dörfern, Städten. Lebendige Ortskerne entstehen nicht durch Planung. Sie sind ein Ausdruck von Kultur, einer gemein- sam getragenen Idee des Zusam- menlebens.“

Verena Konrad, aufgewachsen in Aschach, leitet seit 2013 das Vorarlberger Architek- tur Institut, ist Mitglied im Raumplanungs- beirat des Landes Vorarlberg und vertritt das Land Vorarlberg im Beirat für Bau- kultur im Bundeskanzleramt.



TIPP:

**Kindertheater
Hänsel und Gretel
Sa., 19.10.2019 15 Uhr
Pfarrzentrum Aschach/Donau
ab 5 Jahre / Eintritt frei**

Für die kleinen und großen Theater- freundInnen steht „Hänsel und Gretel“ auf dem Programm.

Würden die Gebrüder Grimm heute „Hänsel und Gretel“ schreiben, dann würde es vielleicht so ausfallen, wie es Mathias Schuh, Regisseur der Salzbur- ger theaterachse, darstellt. Hänsel und Gretel, alias Lydia Nassall und Karoline Schragen spielen eine moderne, witzige und lehrreiche Version des Stückes. Es besticht durch hohe Aktualität und

Musikalität, auch der Humor kommt nicht zu kurz.

Arbeitslos und kein Geld für die Mie- te, die Eltern von Hansi und Gretel sind verzweifelt. Die beiden Mädchen wollen helfen und machen sich heim- lich auf die Suche nach dem großen Schatz der Hexe, von dem ihnen ihr Vater erzählt hat.

Sie finden ein kleines Haus, das sich zu einem großen Bildschirm verwandelt

und aus dem eine seltsame Gestalt spricht. Sie bannt Hansi vor den Bild- schirm, die nicht mehr wegschauen kann und ganz der Faszination eines Videospieles verfällt. Doch Gretel kann Hansi durch eine List befreien.

Die Verlockungen der heutigen Zeit sind es - meist andere als Süßigkeiten. Heute ist es das Handy, Tablet oder Vi- deo- und Computerspiele, mit denen man Kinder fangen kann. Doch geht es in dem Märchen noch um viel mehr, um Zusammenhalt, um Vertrauen, um die Suche nach Lösungen. Es geht darum, nicht aufzugeben und Verlo- ckungen auch widerstehen zu können.

*Das **Kindertheater theaterachse** ist ein freies Theater-Ensemble und präsen- tiert unkonventionelles Theater für Kinder. Die theaterachse versucht mit geringen Mitteln viel zu erzählen, die Phantasie der Kinder und auch deren Eltern anzuregen. Geschichten bzw. Märchen werden behutsam moder- nisiert und auf Fragen der Kinder werden auch verständliche Antworten geboten.*

➔ www.theaterachse.com

FRAUENFÖRDER- PROGRAMM 2019-2025

Bisher von ÖVP und FPÖ keine Zustimmung

Das Frauenförderprogramm ist laut § 34 des Oö Gleichbehandlungsgesetzes vom Gemeinderat jeweils für sechs Jahre zu erstellen bzw. fortzuschreiben.

Das Frauenförderprogramm der Gemeinde Aschach an der Donau für die Jahre 2019 – 2025 stand in der Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2018 auf der Tagesordnung. Nur Bürgermeister Ing. Knierzinger, SPÖ und Grüne

stimmten zu, es fand sich daher keine Mehrheit zur Beschlussfassung. In der Sozialausschuss-Sitzung im Mai 2019 stellte ich den Antrag, der Sozialausschuss möge dem Gemeinderat die Annahme eines Frauenförderprogrammes empfehlen und eine neuerliche Beschlussfassung zu diesem Thema im Gemeinderat beantragen.

Nach der Ablehnung dieses zweiten Antrages setzte ich mich in Verbindung mit dem Büro LR Christine Haberlander, wo die Kontaktaufnahme mit dem Gemeindebund empfohlen wurde. In der Folge wandte ich mich daher schriftlich an den Präsidenten des Oö Gemeindebundes LAbg. Johann Hingsamer mit dem Ersuchen, unseren Bürgermeister auf die Bedeutung dieses Frauenförderprogramms hinzuweisen sowie darauf, dass dieses vom Gemein-

debund auf der Grundlage einer gesetzlichen Verpflichtung der Gemeinde erarbeitet wurde.

In seinem Antwortschreiben stellt LAbg. Hingsamer fest:

„Ich habe in dieser Sache mit Herrn Bürgermeister Knierzinger gesprochen und auf die rechtliche Verpflichtung hingewiesen. Er sagt mir, dass die Gemeinde Aschach schon jetzt Frauen in der Gemeinde besonders unterstützt. Weiters meint er, dass der angesprochene Entwurf erst überarbeitet werden müsste, bevor so ein Programm zum Beschluss vorzulegen wäre.“



Foto: Otto Saxinger

Es wäre wünschenswert, wenn das zügig geschehen könnte.

■ Rosa Schnell

WEBTIPP

Gleichstellungsprogramm Land Oö
→ land-oberoesterreich.gv.at/88777.htm

DIE ÄRZTLICHE VERSORGUNG

In den nächsten fünf bis zehn Jahren werden in Österreich ca. die Hälfte aller niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen in Pension gehen. Der Mangel an Allgemeinmediziner ist jetzt schon eklatant. Wenn man bedenkt, dass vor Jahren in Aschach und Hartkirchen vier Kassenstellen waren und jetzt nur mehr zwei davon besetzt sind, obwohl die Bevölkerung einerseits wächst und

andererseits auf Grund des Alters häufiger einen Arzt benötigt, und wenn man weiter bedenkt, dass andere Gemeinden überhaupt keinen Gemeindevarzt mehr haben, kann man ermessen, wie die Zukunft aussehen wird.

Für die Kassenarztstelle von Dr. Alfred Wassermair hat es eine Interessentin gegeben, die nicht nur hochqualifiziert,

sondern auch hochmotiviert war, in Aschach zu leben und zu arbeiten. Dass diese Ärztin sich jetzt woanders niederlässt, ist jedenfalls nicht die Schuld von uns, auch wenn das so darzustellen versucht wird.

Der Vorschlag, das Erdgeschoss des ehemaligen Strombauleitungsgebäudes doch noch für Praxisräumlichkeiten in Erwägung zu ziehen und der Ärztin zumindest zu zeigen, wurde geflissentlich ignoriert. Denn dort war von FPÖ und ÖVP ohne Rücksprache mit den anderen Parteien die Krabbelgruppe platziert worden, obwohl es dafür eine andere Möglichkeit gegeben hätte.

Da es aber in Aschach sonst kaum geeignete Räumlichkeiten für eine

Ordination gibt – sprich ca 150 m² ebenerdig bzw. barrierefrei, mit entsprechender Verkehrsanbindung bzw. Parkmöglichkeit und hochwassersicher – haben wiederum FPÖ- und ÖVP-Vertreter im Alleingang den Plan ausgeheckt, auf der Schulwiese eine Containerordination aufzustellen und dies der Ärztin angeboten.

Davon abgesehen, dass so eine Unterkunft neben einer der am stärksten befahrenen Straßen des Bezirks eine absolute Zumutung ist, sind die infrastrukturellen Notwendigkeiten – also

Kanalanschluss, Wasser, Strom und Internetzugang dort auf der Wiese schwer zu realisieren bzw. mit erheblichen Kosten verbunden. Darüber hinaus haben die Gesundheitsspezialisten von der FPÖVP die Ärztin im Unklaren lassen, ob die Gemeinde die Kosten für die Errichtung übernimmt oder ob sie selber für dieses Provisorium bezahlen soll (persönliche Mitteilung). Alles zusammen wohl an die 200 000 Euro für 3 Jahre. Zusätzlich müsste sie nach 3 Jahren – dann soll auf Wunsch von FPÖ und ÖVP der Kindergarten in die Schule verlegt werden – sich wieder (im

Kindergartengebäude?) neu einrichten und noch einmal alles finanzieren. Eine Ärztin oder ein Arzt müsste verrückt sein, sich auf so etwas einzulassen, wenn man allein in Oberösterreich die Wahl zwischen 20 verschiedenen Orten hat, die teilweise Ordinationsräumlichkeiten gratis zur Verfügung stellen. ÖVP und FPÖ müsste eigentlich klar sein:



Der Markt bestimmt, da gilt das Gesetz von Angebot und Nachfrage.

■ Judith Wassermair

ZUR ZEITUNG DER FPÖ

„FPÖ DIALOG“ JULI 2019

In dieser Aussendung wird die Behauptung aufgestellt, meine Eltern würden Lügen in Medien verbreiten, was die Ereignisse um die Nachbesetzung der freien Arztstelle betrifft. Meine Eltern behalten sich hier rechtliche Schritte vor. Aber da diese Frage auch ein Politikum darstellt, obliegt es nicht einem Richter zu entscheiden, auf welcher Seite die Wahrheit liegt, sondern Bürgerinnen und Bürgern.

Es sind dabei zwei zentrale Aussagen zu betrachten:

- 1) Gab es den Plan, auf der Schulwiese eine Containerpraxis zu errichten?
- 2) Wusste der Bürgermeister nichts von diesem Plan?

Die erste Frage ist mit einem Zitat aus einem mittlerweile gelöschten Facebookpost der FPÖ Aschach schnell beantwortet und gegebenenfalls mit einem Screenshot belegt.

Die FPÖ Aschach /D. - Facebookseite (Anfang Juni) verkündet:

„Arztpraxis mitten im Ort!!! Das steigert die Lebensqualität in Aschach! Und bis es soweit ist, wird eine sog. „Containerpraxis“ auf der Schulwiese die ärztliche Versorgung übergangsweise sicherstellen. Ideallösung für Aschach!!“

Die zweite Frage ist etwas schwieriger. Die Aussage, die mein Vater hier tätigte, basiert auf einem Telefonat mit dem Bürgermeister, unmittelbar, bevor er seinen Blog-Artikel „Containerpraxis“ verfasste. Vom Bürgermeister wurde in diesem Gespräch kommuniziert, dass er nicht in die Schulwiese-Containerpläne von Vizebürgermeister Christoph Haider eingebunden gewesen war. Als meine Mutter von diesem mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, dass öffentlich falsche Sachverhalte verbreitet worden seien, wies sie in mehreren Gesprächen, unter anderem im Vorstand am 12.6.2019, deutlich darauf hin, dass die Informationen aus dem besagten Telefonat mit dem Bürgermeister entnommen worden waren. Nun kann man aber kaum meinen

Vater dafür verantwortlich machen, wenn FPÖ und ÖVP (die ja in Aschach ein „Arbeitsübereinkommen“ haben) nicht in der Lage sind abzusprechen, wer von ihnen offiziell was weiß.

Eine persönliche Bitte an die ÖVP-FPÖ-Koalition:

Sowohl SPÖ als auch Grüne sind es ja mittlerweile gewohnt, dass wir in vielen Bereichen nur mangelhaft bis gar nicht über Sachverhalte informiert werden. Aber der Mensch gewöhnt sich an vieles und so haben wir uns auch schon an eure „Geschichteln“ gewöhnt. Ich glaube, es ist nicht zuviel verlangt, wenn sich ein Bürgermeister und sein Vize darüber absprechen, was ihr uns auftischt. Unter den gegebenen politischen Umständen in Aschach wäre das schon fast ein Akt der Höflichkeit.



■ Johannes Wassermair

OÖ BAU-ÜBERTRAGUNGSVERORDNUNG

Bei gewerblichen Bauten gibt es zwei Verfahren: das gewerbebehördliche (von der Bezirkshauptmannschaft durchgeführte) und das baubehördliche (vom Bürgermeister/ Bauamt durchgeführte). Um den Arbeitsaufwand und das rechtliche Risiko in der Gemeinde zu minimieren, kann der Gemeinderat beschließen, dass Bauverfahren für bauliche Anlagen, die auch einer gewerbebehördlichen Bewilligung bedürfen, nicht von der Gemeinde, sondern von der bereits für das Gewerbeverfahren zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde erledigt werden. Allerdings können sich dadurch auch Nachteile ergeben.

Im Bezirk Eferding gibt es bisher zwei Gemeinden (Hartkirchen und Puppung), die eine solche „Kompetenzübertragung“ beschlossen haben.

In Aschach stand die Bau-Übertragungsverordnung am 24.6.2019 in der Gemeinderatssitzung zur Beratung und Beschlussfassung auf der Tagesordnung.

Meine Erfahrungen mit der Bau- bzw. Gewerbebehörde veranlassten mich in der Gemeinderatsdiskussion zu dieser Wortmeldung:

Ich spreche mich dagegen aus, die Bauagenden bei Bauvorhaben, die auch einer gewerberechtlichen Genehmigung bedürfen, an die Bezirkshauptmannschaft zu übertragen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den § 39 Abs. 2b AVG verweisen, der wie folgt lautet:

(2b) Sind nach den Verwaltungsvorschriften für ein Vorhaben mehrere Bewilligungen, Genehmigungen oder bescheidmäßige Feststellungen erforderlich und werden diese unter einem beantragt, so hat die Behörde die Verfahren zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung zu verbinden und mit den von anderen Behörden geführten Verfahren zu koordinieren

Damit ist nach meiner Auffassung ausreichend Gelegenheit gegeben, die Verfahren zügig abzuwickeln und mit dem gewerblichen Betriebsanlagene genehmigungsverfahren zu koordinieren. Meine Bedenken gegen die Übertragung gehen dahin, dass das Baugeschehen für die Gemeinde elementar ist – und gerade das Baugeschehen, das gewerbliche Anlagen betrifft. Wenn wir uns aus diesem Bereich verabschieden, dann werden wir auf Gemeindeebene auch Kompetenz und Sachverstand verlieren und damit wichtige Grundlagen dafür, das Gemeindeleben in diesem essentiellen Bereich im Rahmen der Gesetze gestalten zu können. Wie bekannt, ist die Vollziehung von Gesetzen ja nicht eine rein mathematische Aufgabe, sondern die Gesetze – insbesondere auch die Bauordnung – enthalten Ermessensspielräume, die wir im Fall der

Beschlussfassung einer Übertragungsverordnung abgeben bzw. verlieren.

Noch einmal: Das Anliegen der Wirtschaftstreibenden, die erforderlichen behördlichen Genehmigungen rasch und unkompliziert zu erhalten, ist berechtigt. Ich glaube aber, dass wir für die erforderliche Koordination des Bauverfahrens mit dem gewerblichen Genehmigungsverfahren mit der erwähnten Bestimmung in § 39 Abs. 2b AVG eine gute Grundlage haben.

In dieser Sitzung erhielt die Aufnahme der Marktgemeinde Aschach/Donau in die Oö Bau-Übertragungsverordnung des Landes Oö nicht die Zustimmung der Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder.

■ Judith Wassermair



IMPRESSUM

Grundlegende Richtung: Information der Grünen über das Gemeindegeschehen in Aschach/Donau **M., H., V.:** Die Grünen Aschach/D., Grünauerstraße 10, 4082 Aschach/D.; **Für den Inhalt verantwortlich:** Dr.ⁱⁿ Judith Wassermair, **Auflage:** 1.200 Stück; **Gedruckt** auf 100% chlorfrei gebleichtem Papier! **Layout:** gplus.at

KONTAKT

DIE GRÜNEN ASCHACH/D.
Grünauerstr. 10, 4082 Aschach
Tel.: 0664 / 915 14 04
Mail: gruene@aschach.at
Web: www.gruene.aschach.at